

Berlin, 16. Juni 2017  
mil-ak



Vereinte  
Dienstleistungs-  
gewerkschaft

Bundesvorstand

**ver.di startet Aktionswoche „Gute Löhne – gute Rente“  
Aktuelle Erhebung: Jeder Zweite verdient weniger als 2.500 Euro  
Bsirske: „Altersarmut ist gesamtdeutsch und vor allem weiblich –  
Regierung muss handeln“ -**

5 44 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland erzie-  
len ein Bruttoeinkommen von unter 2.500 Euro. Während dies 40,5 Prozent im  
Westen sind, kommen 57,8 Prozent im Osten Deutschlands höchstens auf dieses  
Bruttogehalt. Ein Ländervergleich: In Thüringen verdienen 62,1 Prozent weniger  
als 2.500 Euro – also fast zwei Drittel - im reicheren Baden-Württemberg sind  
10 dies 37,8 Prozent und damit immerhin auch mehr als ein Drittel der Bevölkerung.  
Das geht aus einer Datenauswertung des Eduard Pestel Instituts für Systemfor-  
schung im Auftrag der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) hervor.  
15 Rechnet man zu den bundesweiten Gesamtzahlen auch noch die 5,14 Millionen  
Minijobber hinzu, verdienen deutschlandweit rund 50 Prozent aller Beschäftigten  
weniger als 2.500 Euro brutto. Darunter fallen auch alle diejenigen, die nicht mehr  
als den gesetzlichen Mindestlohn und damit bei Vollzeit nur 1.450 Euro brutto im  
Monat verdienen. Sie erzielen damit keinen eigenen Rentenanspruch oberhalb  
der Grundsicherung. „Vor allem der wachsende Niedriglohnsektor hat eine negati-  
ve Wirkung auf das Lohnniveau und folglich auf die Rentenerwartung“, sagte der  
ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske bei der Vorstellung der Zahlen am Freitag (16.  
Juni 2017) in Berlin.

20 Bei einem bereits heute umgesetzten Rentenniveau von nur noch 43 Prozent, das  
2030 gesetzlich droht, würden weite Teile der Verdienstgruppe unterhalb von  
2.500 Euro bei der Rente auf oder nah an das Grundsicherungsniveau kommen,  
trotz 45 Beitragsjahren. „Diese Rentenerwartungen sind armutsgefährdend für  
25 weite Teile der Bevölkerung, auch der Mittelschichten. Diejenigen, die nur auf 40  
oder gar 30 Beitragsjahre kommen, und das sind wegen der Erziehungszeiten vor  
allem Frauen, rutschen definitiv auf Hartz-IV-Niveau“, warnt Bsirske.

30 Aus den Zahlen geht hervor, dass 62 Prozent der Frauen im Westen und 68 Pro-  
zent der Frauen im Osten weniger als 27.500 Euro im Jahr verdienen und damit,  
auch wenn sie 45 Jahre lang einzahlen, nah an oder unter die Grundsicherungs-  
grenze rutschen würden. „Da droht millionenfache Altersarmut, wenn es keinen  
Kurswechsel in der Rentenpolitik gibt“, so der Vorwurf des ver.di-Vorsitzenden.  
35 Dass eine andere Politik möglich sei, zeige ein Blick über die Grenze: Österreich  
habe in den 2000er Jahren die Teilprivatisierung der Rente nicht mitgemacht.  
„Statt die Bevölkerung zum Riestern aufzufordern, hat die österreichische Politik  
die gesetzliche Rente ausgebaut“, sagte Frank Bsirske. Das Ergebnis: Die gesetz-  
liche Rente ist im Durchschnitt über 500 Euro höher als in Deutschland. „Eine  
andere Rentenpolitik ist möglich. Auch bei uns. Es braucht aber den politischen  
Willen dazu“, so Frank Bsirske.

40 Während SPD, GRÜNE und Linke Änderungen des Rentenurses vorsähen, gehe  
die Union mit einem „Weiter so!“ in die neue Legislaturperiode. „Die Union nimmt  
damit billigend in Kauf, dass das Rentenniveau auf 43 Prozent sinkt, bei freiem  
Fall nach 2030“, sagte der ver.di-Vorsitzende. „Das ist verantwortungslos! Mit  
45 einem „Weiter so!“ in der Rentenpolitik droht eine Delegitimierung des gesetzli-  
chen Rentensystems. Deshalb brauchen wir einen Kurswechsel“, mahnte Bsirske.

MEDIENINFORMATION

V.i.S.d.P.:

Daniela Milutin  
ver.di-Bundesvorstand  
Paula-Thiede-Ufer 10  
10179 Berlin

Tel.: 030/6956-1011  
und -1012  
Fax: 030/6956-3001

E-Mail:  
pressestelle@verdi.de

50 Nötig seien die Stabilisierung der Rente auf dem jetzigen Niveau von 48 Prozent  
und eine schrittweise Anhebung auf etwa 50 Prozent. Wer nicht wolle, dass das  
Rentensystem zerbreche, müsse zudem den Bundeszuschuss in die Rentenkasse  
erhöhen und die Tarifbindung in Deutschland stärken. „Langfristig führen nur  
auskömmliche Löhne zu auskömmlichen Renten. Deshalb muss der Gesetzgeber  
dafür sorgen, dass die Tariffucht der letzten Jahre aufhört. Sie darf sich für Un-  
55 ternehmen nicht mehr rechnen“, forderte Frank Bsirske.

*Weitere Infos sowie die Ergebnisse der Datenauswertung finden Sie im Netz unter: [www.verdi.de/presse/downloads/pressemappen](http://www.verdi.de/presse/downloads/pressemappen)*